



Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses



Wahlkreisbüro

Lübecker Str. 6

23701 Eutin

Tel: (04521) 71 611

 (04521) 78 386

 bettina.hagedorn@wk.bundestag.de

Eutin, 30.12.2015

Rückblick und Ausblick zum Jahreswechsel 2015/2016

Traditionell nutze ich die Tage vor dem Jahreswechsel, um die politischen Erlebnisse und Erfolge Revue passieren zu lassen und Einblick in diese kleine Bilanz meiner Tätigkeit als SPD-Bundestagsabgeordnete für Ostholstein zu gewähren – so auch heute zum 14. (!) Mal. Ich wünsche Ihnen und Euch viel Freude beim Lesen.

Das Jahr 2015 war für mich persönlich ein sehr arbeitsintensives, aber auch ein spannendes und erfolgreiches Jahr! Seit mehr als 13 Jahren bin ich nun Ihre und Eure Abgeordnete für Ostholstein und Nordstormarn und verbringe mindestens die Hälfte des Jahres in Berlin. Umso mehr freue ich mich daher stets auf die besinnlichen Weihnachtstage in der Gemeinde Kasseedorf, wo ich jetzt schon über 36 Jahre wohne, wo meine drei erwachsenen Söhne groß geworden sind und wo ich heute erneut mit Kindern, Schwiegertöchtern und inzwischen drei Enkelkindern im Kreise meiner Lieben die Festtage und den „Rutsch“ ins neue Jahr verbringen kann. Das gilt vor allem dieses Jahr, da unsere Familie Ende November mit meinem jüngsten Enkelsohn Levi erneut Zuwachs erhalten hat! Auf die kostbaren Stunden mit den Kindern freue ich mich natürlich besonders. Die Feiertage sind für mich auch immer eine Zeit, um einfach mal auszuspannen, um Kraft für das neue Jahr zu tanken.

Die ehrgeizigen Ziele, die wir uns in der Großen Koalition 2013 mit dem Koalitionsvertrag gesteckt hatten sind mit vielen und guten Entscheidungen bereits 2014 und 2015 umgesetzt worden – der Mindestlohn hat sich seit einem Jahr trotz aller „Unkenrufe“ als Erfolgsgeschichte entpuppt, die Rente mit 63, die Mütterrente, die beiden Pflegestärkungsgesetze und das Krankenhausstrukturgesetz sind in Kraft, das Elterngeld Plus ermöglicht mehr Flexibilität für die

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 73 832  (030) 227 - 76920  bettina.hagedorn@bundestag.de

Vereinbarung von Familie und Beruf, wir haben nach jahrelangen Diskussionen endlich den Einstieg in die Frauenquote zunächst für die Aufsichtsräte großer Unternehmen eingeführt, wir haben Länder und Kommunen in Milliardenhöhe finanziell entlastet, wir haben Milliarden für den Ausbau des schnellen Internets im ländlichen Raum ebenso bewilligt wie für den Erhalt der maroden Verkehrsinfrastruktur in unserem Land: die Weichen sind gestellt, es geht Deutschland gut – für die SPD kann ich auch 2015 nur bilanzieren: **Versprochen – gehalten!** Das bestimmende Thema im Wahlkreis - die geplante Fehmarnbeltquerung und eine etwaige Hinterlandanbindung – hat weiter „Fahrt aufgenommen“: explodierende Kosten, kollabierende Zeitpläne und geschrumpfte Erwartungen auf EU-Zuschüsse dämpfen die Zuversicht der Beltquerungsbefürworter spürbar – die Schönrechnerei wird zunehmend enttarnt. Es bleibt auch 2016 spannend, und „der Drops ist noch lange nicht gelutscht“!

Rückblickend gab es drei große, international bedeutsame Krisenherde, die für das Zusammenwirken in der Großen Koalition – ungeachtet des leider häufigen Störfeuers aus Bayern – enorme Herausforderungen darstellten, deren Bewältigung für die Zukunft unseres Landes von enormer Bedeutung sind und sein werden: die Zuspitzung um den gefährdeten Verbleib Griechenlands im Euro-Raum mit einer Gefahr für das Auseinanderbrechen Europas insgesamt, die globale Terrorgefahr maßgeblich durch die IS-Terrormiliz und deren „Ableger“ und die humanitäre Katastrophe von weltweit über 60 Millionen Flüchtlingen, die schwerpunktmäßig wegen Bombenterror, Bürgerkrieg, Verfolgung, Hunger und dem Zusammenbruch jeglicher staatlicher Sicherheit und Struktur in ihren Heimatländern auf der Flucht sind, um ihr Leben zu retten und es dabei allzu oft verlieren. Das zerrüttete Syrien, der Nahe Osten insgesamt und weite Teile Afrikas wie Eritrea liegen – wie wir 2015 alle lernen mussten – doch fast vor unserer Haustür.

Ein ganz großes Dankeschön allen ehren- und hauptamtlichen Helfern!!!

Zuallererst möchte ich all jenen danken, die seit Monaten enorm viel schultern und sich großartig einbringen, um den Menschen zu helfen, die hier ankommen, die vor Terror und Krieg geflohen sind und hier – auch gerade für ihre Kinder - Schutz suchen. Eine Million Flüchtlinge 2015 in Deutschland, 60.000 in Schleswig-Holstein – das hätten wir uns alle zum Jahreswechsel 2014/2015 nicht vorstellen können. Rückblickend bin ich froh und stolz auf die Menschen in unserem Land, wie die meisten von ihnen sich den Herausforderungen dieser Situation mit humanitärem Engagement und hoher Verantwortungsbereitschaft gestellt haben – das gilt für ehren- und hauptamtliche Helfer gleichermaßen, für die vielen Hilfsorganisationen, die Mitarbeiter in Ämtern und Behörden, im Sanitätsdienst, bei THW und Polizei. Alle ziehen an einem Strang, um die Flüchtlingsfamilien zu unterstützen, Integration zu ermöglichen und Fluchttraumata zu überwinden. Dazu kann ich einfach nur sagen: Danke!

Bei meinem Besuch der **Erstaufnahmeeinrichtung in Putlos am 12. September** nur 4 Tage nachdem die neue rechtsnationale Regierung Dänemarks die Grenzen „dicht“ für Flüchtlinge gemacht hatte, erlebte ich rund 800 Menschen - davon damals über 120 Kinder – die aufgrund

großartiger Organisation und unbürokratischer Zusammenarbeit aller Dienststellen und Hilfsorganisationen – vor allem des DRK - innerhalb weniger Stunden menschenwürdig untergebracht worden waren. Mit dem SPD-Ortsverein Oldenburg mit Annette Schlichter-Schenck und Klaus Zorndt machte ich mir ein eigenes Bild in der Wagrien-Kaserne, brachte ein paar Geschenke für die Kinder und war tief beeindruckt davon, wie gut alles Dank der Professionalität aller Helfenden funktionierte. Für mich ist ganz klar: Die Dimension dieser Krise bringt Herausforderungen, die wir nur gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen – und mit der ungebrochenen Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes meistern können.

Zu Recht ist ein großes politisches Thema dabei allerdings – mit Blick über den Tellerrand - endlich stärker in den Fokus gerückt: statt nur in Sonntagsreden muss die Herausforderung der **Bekämpfung der Fluchtursachen** endlich konsequenter angegangen werden. Die allermeisten Flüchtlinge sind nämlich nicht in Europa – sondern noch in den gewaltig großen Flüchtlingslagern ihrer Nachbarländer wie Jordanien, Libanon oder der Türkei. Um den Zuzug dieser Flüchtlinge nach Europa zu reduzieren, haben wir im Bundeshaushalt die Mittel zur **Krisenprävention im Nahen Osten um 475 Mio. Euro allein für 2015/2016 im Etat von Frank-Walter Steinmeier im Auswärtigen Amt aufgestockt.**

Ich selbst habe auf **Veranstaltungen im Ostholstein** mit vielen Bürgerinnen und Bürgern über dieses brennende Thema diskutiert. Unter anderem haben mich der **Seniorenbeirat Fehmarn am 17. November** sowie der **Seniorenbeirat Neustadt am 18. November** zu einer Diskussionsrunde zum Thema Flüchtlinge eingeladen, einen Tag später saß ich unter anderem gemeinsam mit **SPD-Innenminister Stefan Studt und NDR-Intendant Lutz Marmor am 19. November in Neustadt auf dem Podium bei der Veranstaltung von Ameos „Menschen auf der Flucht – wie gestalten wir Willkommenskultur“.** Am **27. November** habe ich dann selbst in der **Eutiner Kreisbibliothek** mit ca. 60 Interessierten und dem **außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Niels Annen** und der **europapolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Regina Poersch** über die Bekämpfung der Fluchtursachen diskutiert und welche verantwortungsbewusstere Rolle Europa dabei künftig spielen muss. Froh bin ich ganz besonders, dass unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier einen so guten Job macht und beherzt in die Krisenherde im Nahen Osten fliegt und entschlossen u.a. im **„Wiener Prozess“** verhandelt. Nur so kann Frieden und Stabilität in den Regionen hergestellt werden. Auf dem **Bundesparteitag vom 9. bis 12. Dezember in Berlin haben wir Sozialdemokraten auf Initiative der Schleswig-Holsteiner SPD** mit großer Mehrheit einen friedenspolitischen Antrag beschlossen, der im Sommer 2014 in Kiel – noch **unter aktiver Mithilfe des 2015 verstorbenen Egon Bahr** – initiiert worden ist und jetzt von Frank Walter Steinmeier in Berlin eingebracht wurde. Diesen Beschluss stellt mein Büro gerne zur Verfügung – er ist unsere...

... Leitlinie, für „die Welt, die aktuell aus den Fugen geraten zu sein scheint“

Aber klar ist auch: Neben international verabredeten humanitären, politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen ist es ergänzend auch unerlässlich, die Terrorgruppe IS in Syrien und im

Irak militärisch zurückzudrängen – dazu hat der Bundestag 2015 nicht nur erstmalig gezielte Waffenlieferungen an die kurdischen Peschmerga beschlossen, sondern nach den schrecklichen Anschlägen von Paris am 4. Dezember auch für den Einsatz der Bundeswehr in Syrien gestimmt. Eine schwierige persönliche Entscheidung, deren Abwägung wir Abgeordneten uns alle nicht leicht gemacht haben. Der Einsatz gegen die Terrorgruppe IS ist eingebettet in die diplomatische Friedensstrategie von Außenminister Steinmeier – den so genannten „Wiener Prozess“, der dadurch gestützt wird. Klar für mich ist: Ohne militärische Mittel sind die Terrorgruppe IS und ihr Kalifat nicht erfolgreich zu bekämpfen. Die Gruppe bedroht – gemäß drei UN-Resolutionen, zuletzt vom 20. November 2015 – ausdrücklich den Weltfrieden!

Die **Terroranschläge in Frankreich** am 7. Januar und am 13. November 2015 haben uns alle tief erschüttert. Es darf keine Floskel sein: Der Anschlag galt uns Europäern allen – unseren Werten, unserer Freiheit und unserer Demokratie! Der Anschlag galt aber auch dem politischen Prozess der **Friedensverhandlungen im Rahmen der Wiener Gespräche** – denn es war kein Zufall, dass die zweite Verhandlungsrunde der Gespräche exakt einen Tag nach den Attentaten angesetzt war und auch stattfand. Die politischen Gespräche haben schon erste Erfolge erzielt: In der zweiten Verhandlungsrunde in Wien wurde der UN eine wichtige Rolle in den politischen Verhandlungen zur Konfliktlösung zugewiesen. Man hat sich darauf geeinigt, einen Waffenstillstand in ganz Syrien zu unterstützen. Zudem sollen die syrische Regierung und die syrische Opposition ab Anfang 2016 über ein Ende des Konflikts verhandeln. Binnen sechs Monaten soll dann unter Schirmherrschaft der UN eine Übergangsregierung festgelegt und basierend auf einer neuen Verfassung binnen 18 Monaten eine neue Regierung gewählt werden. Diese Verhandlungen sind nicht leicht, sie schon gar kein „Selbstgänger“ und erfordern eine hohe Frustrationstoleranz auch für unsere Regierung ... aber wer auf Frieden setzen will, kennt keine Alternative. Es soll aber auch niemand glauben, dass es ein Zufall war, dass der Pariser Anschlag ausgerechnet auf das Fußballländerspiel Frankreich-Deutschland geplant war. Ja, auch Deutschland ist im Fadenkreuz der Terroristen – und das schon seit dem 11. September 2001. Dass bei uns seitdem quasi nichts passiert ist, verdanken wir vor allem einer großen Portion Glück und der Professionalität unserer Sicherheitskräfte, die fast lautlos einen Super-Job machen.

Aber unerlässlich - neben der humanitären Hilfe und den politischen Gesprächsprozessen - ist eben auch ein militärischer Einsatz, um die Terrorgruppe IS zurückzudrängen und Sicherheit, Stabilität und vielleicht sogar Frieden nach Syrien und damit in den gesamten Nahen Osten zurück zu bringen. Ich habe am 4. Dezember FÜR den Syrieneinsatz der Bundeswehr auf Bitte von Frankreich gestimmt. **Die Solidarität mit Frankreich in dieser Situation war für mich gleichbedeutend mit einer europäischen Solidarität**, denn ohne die deutsch-französische Achse ist die Zukunft Europas – ohne zu pathetisch klingen zu wollen – ernsthaft in Gefahr. Wir müssen uns nur einmal fragen, was gewesen wäre, wenn der Deutsche Bundestag den Einsatz mehrheitlich abgelehnt und der Bitte Frankreichs um Unterstützung nicht nachgekommen wäre... Angesichts der vielen Krisenherde in Europa von der Verteilung der Flüchtlinge über die Finanzkrise bis hin zum Erstarren rechts-nationaler Gruppen und Parteien in zu vielen Ländern der EU hätte das eine unabsehbare Isolierung und Schwächung zur Folge

gehabt! Ich werde niemals vergessen, wie **die französische Regierung im Januar 2003 als einzige in Europa an unserer Seite stand, als Rot/Grün mit Gerhard Schröder unser „NEIN“ zu dem Irak-Einsatz gegenüber massivem Druck vor allem aus England und Amerika verteidigte** und Länder wie Polen und Spanien sich in die amerikanische Irak-Allianz einreihen. **Deutschland und Frankreich wurden damals beschimpft als das „Alte Europa“ – eine historische Achse der Stabilität.** Und das sind wir bis heute.

Die Politik in Bund, Ländern und Kommunen hat ebenfalls in einem Tempo und einer Flexibilität, die man Deutschland im Normalfall nicht zutraut, Entscheidungen von enormer Tragweite schnell und in einem großen parteipolitischen Konsens getroffen – wenn man bei diesem Urteil auch die Bayern-CSU ausklammern muss. Schon mit dem 1. Nachtragshaushalt im Mai 2015 wurden **Beschlüsse zur Verbesserung der Lage von Ländern und Kommunen angesichts der Flüchtlingssituation** getroffen und nach der Sommerpause gab es dann gleich zwei Flüchtlingsgipfel von Bundeskanzlerin Merkel einerseits mit Sigmar Gabriel und Horst Seehofer am 6. September und am 24. September schließlich mit allen Ministerpräsidenten der Länder – alle dort gefassten Beschlüsse wurden von uns im Haushaltsausschuss zuerst mit dem 2. Nachtragshaushalt 2015 und dann mit dem Bundeshaushalt 2016 1 : 1 umgesetzt. Über 5 Mrd. Euro – erwirtschaftet durch Überschüsse 2015 - haben wir dabei für mögliche „Engpässe“ der kommenden drei Jahre „zurückgelegt“, so dass wir gut gerüstet in das neue Jahr gehen.

13 Jahre im Haushaltsausschuss - ein arbeitsreiches Jahr: Zwei Nachtragshaushalte 2015 und am 27. November den Bundeshaushalt 2016 beschlossen!

Die gute Nachricht 2015 angesichts dieser Herausforderungen war: **die Steuerquellen sprudeln, Höchstbeschäftigung, stabile Sozialkassen und – und keine neuen Schulden!**

Alle gefassten Beschlüsse in den zweimonatigen Haushaltsverhandlungen heben wir wegen unserer guten Konjunktur und unserer „brummenden Wirtschaft“ solide gegenfinanzieren können. **Allein bis November nahm der Bund schon 4,64 Mrd. Euro MEHR an Steuern ein als zuvor geschätzt – insgesamt umfassten die beiden Nachtragshaushalte Mehrausgaben/Mehreinnahmen von ca. 20 Milliarden Euro.** Noch nie hat der Bund in den letzten Jahrzehnten so viele zusätzliche neue Stellen geschaffen wie 2015.

Das Nadelöhr ist seit 2013 das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in der Verantwortung von Innenminister de Maizière**, in dem Asylanträge bearbeitet werden bzw. sich seit Jahren stapeln. 2013 - unter Schwarz-Gelb! - haben dort nur 1.800 Menschen gearbeitet. In der Großen Koalition hat der Haushaltsausschuss (und nicht etwa der zuständige Innenminister!) für einen massiven Personalaufwuchs gesorgt: 2014 und im Mai 2015 haben wir insgesamt 1.650 zusätzliche Stellen bewilligt, die inzwischen auch alle besetzt sind. Mit dem Bundeshaushalt 2016 haben wir noch einmal 3.000 neue Mitarbeiter für die Behörde und dazu Geldmittel für 1.000 Stellen beschlossen, so dass von ehemals 1.800 Mitarbeitern das **BAMF also bald mehr als 7.000 Mitarbeiter** haben wird!

Wichtig ist nicht nur die schnelle Bearbeitung der Asylanträge, sondern auch, dass wir die Sicherheit in unserem Land gewährleisten, und das für ALLE Menschen – für die, die schon seit Jahrzehnten hier leben und für die, die nur für ein paar Monate Schutz suchen. Deshalb haben wir für die **Bundespolizei 3.000 neue Stellen** geschaffen und auch das **Bundeskriminalamt, den Verfassungsschutz und den Bundesnachrichtendienst mit insgesamt knapp 800 neuen Stellen personell verstärkt**. Auch Schleswig-Holstein zieht mit: als Ministerpräsident Torsten Albig am 27. September in Eutin die feierliche Vereidigung von 260 Dienstanfängerinnen und Dienstanfängern bei der Landespolizei vornahm, würdigte er in seiner Ansprache die herausragende Rolle der Landespolizei bei der Bewältigung der stark gestiegenen Flüchtlingszahlen und kündigte an, 200 zusätzliche Polizeidienststellen zu schaffen. Außerdem soll die Zahl der Ausbildungsplätze 2016 um 145 Stellen erhöht werden. Das Signal von Bund und Land: Die Menschen in Schleswig-Holstein sollen sich sicher fühlen, und das können sie auch!

Ganz besonders freut mich das erneut starke Signal des Haushaltsausschusses mit einem **massiven Stellenaufwuchs für das THW! 208 neue hauptamtliche Mitarbeiter** können ab dem nächsten Jahr die bislang noch 800 hauptamtlich Tätigen und die rund 80.000 Ehrenamtlichen unterstützen, die sich beim Technischen Hilfswerk engagieren. Für die Ortsvereine sollen unter anderem zusätzliche Brandmeister, Gerätehandwerker und -prüfer sowie Techniker eingestellt werden und zur finanziellen Stärkung der Ortsvereine werden zusätzlich die 24 Mio. Euro beitragen, die bis 2018 vom Haushaltsausschuss beschlossen worden sind. Insgesamt stehen dafür nun 50,8 Mio. Euro zur Verfügung, von denen im kommenden Jahr bereits 34,8 Mio. Euro den Ehrenamtlichen vor Ort – also auch in Ostholstein – zufließen.

Auf Vorschlag unserer Familienministerin Manuela Schwesig haben wir außerdem **10.000 zusätzliche Stellen für den Bundesfreiwilligendienst** geschaffen, um die ehrenamtlich engagierten Helfer in der Flüchtlingsbetreuung zu entlasten. Zu den bis jetzt bundesweit 38.000 „Bufdi-Stellen“ – wie sie liebevoll genannt werden – kommen diese 10.000 nun neu hinzu! In Schleswig-Holstein gibt es derzeit knapp 1.326 so genannte Bufdis, die seit dem 1. Dezember 2015 um rund 350 neue Stellen verstärkt werden können.

Auch die Jobcenter bekommen in den nächsten drei Jahren **3.800 Stellen zusätzlich (2.800 für die Arbeitsagenturen und Jobcenter sowie 1.000 für die Optionskommunen) zur besseren Eingliederung der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt** – denn das wird uns in den kommenden Monaten besonders beschäftigen. Es ist ganz klar, dass die Integration der Flüchtlinge am bestens durch Qualifizierung und Beschäftigung gelingen wird und dabei dürfen diejenigen, die bereits lange in Deutschland leben und die Unterstützung der Jobcenter brauchen, nicht das Gefühl haben, dass dieses Engagement zu ihren Lasten gehen könnte. Langzeitarbeitslose sollen untereinander keine Konkurrenz um gute Betreuung erleben, sondern Integration kann nur gelingen, wenn wir all diesen Menschen die Chancen geben, die sie verdienen. Letztlich kann genau das eine große Chance für unser Land insgesamt sein, denn unsere Wirtschaft braucht Arbeitskräfte und unsere Sozialsysteme angesichts der demografischen Entwicklung dringend Nachwuchs und Beitragszahler. Der Arbeitsmarkt kann durch die hohe Zahl an Flüchtlingen in den kommenden Jahren durchaus Anschub erfahren, aber auf unsere

Beschäftigten in den Jobcentern wartet viel zusätzliche Arbeit: Unsere Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles stellt deshalb bereits jetzt **zusätzliche Gelder für Personal, die Jobvermittlung und die Qualifizierung bereit: Das Jobcenter Ostholstein erhält als 1. Tranche rund 760.000 Euro extra – für Schleswig-Holstein gibt es insgesamt 15,4 Mio. Euro mehr.** Viele der ankommenden Menschen wollen arbeiten, auf eigenen Beinen stehen und ihre Familien ernähren – davon kann unsere Wirtschaft angesichts des Fachkräftemangels durchaus profitieren.

Aber keine Chance auf dem Arbeitsmarkt ohne Spracherwerb: Für **Sprachkurse und Integrationskurse** standen 2013 (Schwarz-Gelb) lediglich ca. 200 Mio. Euro jährlich bundesweit zur Verfügung – ein politisches „Stiefkind“ bei allen CDU/CSU-Innenministern der letzten 10 Jahre. Der Innenminister de Maizière hatte im Regierungsentwurf für den Haushalt 2016 diese Ausgaben für Sprachkurse lediglich um 40 Mio. Euro erhöhen wollen ... **doch der Haushaltsausschuss hat diese Mittel seit 2014 inzwischen mehr als verdoppelt und um 275 Mio. Euro erhöht. Jetzt stehen insgesamt 559 Mio. Euro für 2016 zur Verfügung,** sodass Asylbewerber ein Demokratieverständnis entwickeln und Deutsch lernen können. Jetzt brauchen wir allerdings auch zusätzliche Lehrkräfte, die im Übrigen auch selbst anständig für ihre wichtige Arbeit bezahlt werden müssen.

Das vergangene Jahr startete bereits mit einem Paukenschlag für den gesamten Arbeitsmarkt: **Der Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, ein Herzanliegen der SPD, wurde endlich eingeführt! Nach einem Jahr zeigt sich: Alle negativen Prognosen sind NICHT eingetroffen,** im Gegenteil: Mit dem Mindestlohn erleben wir einen Rekord-Boom auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag im September 2015 bei 31,35 Millionen, fast 700.000 mehr als im Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote sank zuletzt auf 6,0 Prozent. Der moderate Rückgang bei den Minijobs – von 7,51 Mio. im September 2014 auf 7,38 Mio. im September 2015 – führte nach Untersuchungen und Einschätzungen der Bundesagentur für Arbeit und der Bundesbank zu verstärkter regulärer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung – ein politisches Ziel, für das wir lange mit den Gewerkschaften gekämpft haben! Gleichzeitig trifft unsere alte Prognose ein, dass mit der Einführung des Mindestlohns die Rentnergeneration ihre höchste Rentenerhöhung seit Jahrzehnten erleben wird: Da die sommerliche Rentenerhöhung gesetzlich jeweils an die prozentuale Steigerung der Lohnsumme des Vorjahres gebunden ist, wird ab dem 1. Juli 2016 – Dank Mindestlohn und guter Tarifabschlüsse 2015 - die **höchste Rentensteigerung seit der Wende möglich: 20 Millionen Rentner bekommen 5 Prozent mehr!**

Die versprochene erneute **milliardenschwere Entlastung der Kommunen** hat der Haushaltsausschuss bereits mit dem 1. Nachtragshaushalt im Mai beschlossen: alle Kreise, Städte und Gemeinden profitieren dadurch, dass die bereits von der Großen Koalition 2014 beschlossene Entlastung von 1 Mrd. Euro pro Jahr für 2017 auf 2,5 Mrd. Euro aufgestockt wird. Ich bin froh, dass wir als Sozialdemokraten in den Verhandlungen mit der CDU/CSU dieses stolze Ergebnis für die Kommunen erzielen konnten. Zusätzlich fließen bis 2018 3,5 Mrd. Euro zusätzlich für Investitionen in speziell finanzschwache Kommunen - vor allem in Bildungseinrich-

tungen von der Krippe bis zur Schule – und werden mit bis zu 90 Prozent Bundesmitteln gefördert. Das „Sondervermögen Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ enthält mit seinen 3,5 Mrd. Euro **für Schleswig-Holsteins einen Anteil von knapp 100 Mio. Euro**, für dessen Beantragung die Kieler Regierung eine Liste finanzschwacher Kommunen und konkreter Förderkriterien erarbeitet hat.

Mit diesem ersten Nachtragshaushalt **haben wir außerdem 10 Mrd. Euro zusätzliche Investitionen des Bundes bis 2018 u.a. beim Breitbandausbau speziell im ländlichen Raum, bei Schiene, Straße und Wasserwegen sowie bei der verstärkten Förderung von Gebäudesanierung und mehr Energieeffizienz** bereit gestellt.

Am **01. Juli fiel der Startschuss für das Elterngeld Plus**, das SPD-Familienministerin Manuela Schwesig im November letzten Jahres durchgesetzt hatte. Damit haben wir es für Eltern leichter gemacht, intensiv für ihr Kind da zu sein und gleichzeitig Verantwortung im Beruf zu übernehmen. Wir haben mehr Flexibilität geschaffen, indem wir mit dem Gesetz die frühere Rückkehr an den Arbeitsplatz in Teilzeit erleichtert haben. Davon profitieren übrigens nicht nur die Eltern selbst, sondern auch die Unternehmen, die auf ihre gut ausgebildeten Fachkräfte in der Familienphase nicht mehr komplett verzichten müssen. Noch dazu haben wir einen Partnerschafts-Bonus eingeführt, der den vielen Eltern entgegenkommt, die sich Beruf und Kinderbetreuung schon früh partnerschaftlich teilen wollen: Wenn beide ihre Arbeitszeit reduzieren, können sie bis zu vier Monate länger Elterngeld Plus erhalten. Damit macht die SPD wieder einmal klar: **Wir sind die Partei der Familien in Deutschland!**

Ab Januar 2016 gilt für börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen, **dass mindestens 30 Prozent der frei werdenden Aufsichtsratsposten mit Frauen zu besetzen sind – die heiß umkämpfte Quote kommt!** Damit bringen wir die Gleichstellung voran, und verbessern mit einem 1. Schritt die Karrierechancen von Frauen. Das wichtigste Ziel bleibt natürlich: endlich gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, wofür wir jedes Jahr beim „Equal-Pay-Day“ auf die Straße gehen.

Es ist natürlich klar, dass diese Nachricht die „Ladies“ bei meinem **„3. Ladies‘ Day Ostholstein“** besonders freute: Am 9. Juli war ich **gemeinsam mit 80 Frauen** im Bugenhagen Berufsbildungswerk in Timmendorfer Strand. Bereits im Februar beim **„11. Ladies‘ Day“ im Bundestag, den ich 2003 mit meiner Kollegin Petra Merkel ins Leben gerufen habe, hatte ich neun Powerfrauen – davon sieben aus Ostholstein – zu Gast in Berlin**. Unter dem Motto „Die Quote kommt – Geschichte eines Durchbruchs“ diskutierten wir am Abend mit Familien- und Frauenministerin Manuela Schwesig.

Zusammen mit meiner Kollegin, der **stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Carola Reimann** (langjährige gesundheitspolitische Sprecherin der SPD sowie ehemalige Ausschussvorsitzenden für Gesundheit) habe ich **am 3. Juni eine kleine Tour zum Thema „Pflege und Gesundheit“ durch meinen Wahlkreis** veranstaltet. Mittags starteten wir in Bad Malente in der Mühlenberg-Klinik bereits zum **4. „Runden Tisch Pflege“** wo wir erneut mit über 30 Fachkräften aus allen Pflege- und Gesundheitsberufen und Vertretern vieler Kliniken,

Alten- und Pflegeeinrichtungen und Pflege-Ausbildungsstätten über die aktuell anstehenden Reformen und Probleme informierten und diskutierten. Nach dem Pflegestärkungsgesetz I im Jahr 2014 haben wir am 13. November 2015 das **Pflegestärkungsgesetz II** und damit einen kompletten Systemwechsel im Bereich der Pflege beschlossen, mit dem alle Pflegebedürftigen besser und individueller unterstützt werden. Für diese Reform hat die SPD seit 2008 gekämpft (damals war Ulla Schmidt in der Großen Koalition noch mit diesem Ansatz des „neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes“ am Widerstand der CDU/CSU gescheitert). Ab dem 1. Januar 2017 werden jetzt **bis zu 500.000 Menschen erstmals einen Anspruch auf Unterstützung durch die Pflegeversicherung haben**. Aus drei Pflegestufen werden fünf Pflegegrade, die zum ersten Mal in der Geschichte auch geistige und psychische Einschränkungen einschließen. So können nun auch Menschen mit beginnender Demenz unterstützt werden. Dabei ändert sich für die bisherigen Leistungsempfänger nichts, niemand muss einen neuen Antrag stellen oder wird schlechter gestellt. Neben den Pflegebedürftigen hilft diese Reform aber auch den Angehörigen und zahlreichen Fachkräften in der Pflege. Auch das am 5. November nach langen Debatten vom Bundestag beschlossene **Krankenhausstrukturgesetz** spielte beim „4. Runden Tisch“ in Bad Malente schon eine wichtige Rolle in der Diskussion: ab 1. Januar 2016 werden wir mit diesem Gesetz in den nächsten drei Jahren u.a. insgesamt **660 Mio. Euro für neue Pflegestellen in den Krankenhäusern** zur Verfügung stellen und damit die Qualität der Krankenhausversorgung konkret verbessern.

Am Nachmittag informierten Carola Reimann und ich in **Neustadt** gut zwei Stunden in öffentlicher Veranstaltung im Hotel „**Stadt Kiel**“ über **politische Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige Pflege**. Mit uns auf dem Podium diskutierten Expertinnen aus der Praxis: **Assunda Odebrecht (Einrichtungsleitung der Seniorenresidenz Großenbrode), Beate Rinck (Pflegedienstleitung der Sana Klinik Oldenburg) und Ute Stahl (Leiterin der Pflegeschule Lübeck)** – ein spannender Nachmittag für alle Besucher.

Auf Einladung des Betreuungsverein Ostholstein zum Thema „**Sterbezeit ist Lebenszeit**“ in die Kreisbibliothek, diskutierten wir abends mit kompetenten Gesprächspartnern zum kontroversen Thema „ärztliche Hilfestellung beim selbstbestimmten Lebensende“. Carola Reimann stellte den von ihr maßgeblich erarbeiteten und auch von mir unterzeichneten Gesetzentwurf vor, über den dann am 6. November 2015 im Bundestag – zusammen mit 3 alternativen Anträgen zum gleichen Thema – abgestimmt wurde. Wir wollten eine Regelung, die eine freiwillige ärztliche Hilfestellung zum Suizid zwar ermöglichen, sie aber an klar definierte Voraussetzungen knüpfen soll. **Der Antrag war aus meiner Sicht einerseits der liberalste der Entwürfe, der das Selbstbestimmungsrecht des Patienten in den Mittelpunkt stellte, und hätte andererseits den handelnden Ärzten dennoch mehr Rechtssicherheit geboten und damit das Vertrauensverhältnis von Ärzten und Patienten gestärkt.** Ärzte, die in dieser Lebenssituation ihren Patienten Hilfe und Beistand bei der selbst vollzogenen Lebensbeendigung leisten wollen, dürfen nach meiner Überzeugung nicht durch das Strafgesetzbuch oder den Verlust der beruflichen Existenz bedroht werden, wie es zwei andere Gesetzentwürfe eindeutig bewirken wollten.

Leider erhielt „mein“ favorisierter Gesetzentwurf aus der Feder von Carola Reimann mit 128 Stimmen am 6. November im Bundestag leider keine Mehrheit. **Ich habe dann konsequenterweise bei der Schlussabstimmung den – aus meiner Sicht - zu restriktiven Gesetzentwurf abgelehnt, der u.a. von Ingo Gädechens unterstützt wurde.** Die bestehende Rechtslage ist aus meiner Sicht damit zu Lasten von Patienten und Ärzten verschärft worden, obwohl die deutliche Mehrheit der Bevölkerung dieses nach meiner Erfahrung nicht befürwortet. Klar ist allerdings: Das Wichtigste am Lebensende ist die **Stärkung von Palliativ- und Hospizangeboten**, wozu wir erfreulicherweise in der gleichen Sitzungswoche im Bundestag mit sehr breiten Mehrheiten wichtige Verbesserungen beschlossen haben.

2015 für alle Beltquerungsgegner ein erfolgreiches Jahr!

Im Haushaltsausschuss bin ich seit 2013 zuständig für das Verkehrsministerium. Für Schleswig-Holstein ist das wichtig wegen meines besonders erfolgreichen Einsatzes für die Zukunft des Nord-Ostsee-Kanals – seit 2013 hat der Haushaltsausschuss in vier „Etappen“ auf meine Initiative hin über 821 Millionen Euro für dessen Ausbau und Sanierung beschlossen (!) und zwar GEGEN den Willen der CSU-Verkehrsminister Ramsauer und Dobrindt – und für Ostholstein ist das natürlich besonders wichtig wegen der Hinterlandanbindung der festen **Fehmarnbeltquerung**, gegen die ich seit über 15 Jahren kämpfe!

Um das einmal festzuhalten: In den letzten 12 Monaten mussten sowohl die Regierung in Dänemark wie auch in Deutschland jeweils insgesamt 6 Jahre Zeitverzögerung (statt 2021 jetzt 2027!) bei diesem Mammutprojekt – in bewährter „Salamitaktik“ - zugeben! In Dänemark mussten gleichzeitig milliarden schwere „Löcher“ im von Femern A/S zu optimistisch kalkulierten Finanzbudget öffentlich zugegeben werden, die ebenso mit Baukostensteigerungen wie mit wegbrechenden EU-Zuschüssen um mehr als die Hälfte zu tun hatten ... weitere Kostensteigerungen in Dänemark wie Deutschland liegen klar auf der Hand, zumal die Bauverzögerungen immer eine Kostenexplosion in sich tragen. Ein lapidares „weiter so“ halten die Beltquerungs-Fans zunehmend nicht durch ... sie kommen endlich in der Realität an! In diesem Sinne startete ich verheißungsvoll mit meinem Bundestagskollegen, dem Verkehrsausschussvorsitzenden Martin Burkert (SPD), am 16. Januar 2015 in Ratekau zu einer öffentlichen Veranstaltung, die mit ca. 100 Gästen ebenso gut besucht war wie die versprochene Folgeveranstaltung mit der Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn, Manuela Herbort, und dem DB-Projektleiter für die Hinterlandanbindung, Bernd Homfeldt, am 8. Dezember 2015 in Scharbeutz. Die Debatte über Kosten und Nutzen der Beltquerung nahm zum Jahresanfang 2015 richtig Fahrt auf: Der damalige dänische Verkehrsminister Magnus Heunicke musste die bisherige **Kostenschätzung um ca. 1,2 Mrd. Euro und damit um ca. 25 Prozent nach oben korrigieren. Gleichzeitig knüpfte er mit Blick auf weitere finanzielle Risiken für den dänischen Staat den Bau der Beltquerung an **die Bedingung von mindestens 1 Mrd. Euro EU-Zuschüsse – wie wir inzwischen wissen hat Dänemark im Juli aus Brüssel aber nur eine Zusage über 589 Mio.****

Euro erhalten. Bemerkenswert: Heunicke schloss schon damals gegenüber dänischen Medien nicht aus, dass der Belt-Tunnelbau insgesamt dadurch in Frage stehen könnte.

Wie wir Beltquerungsgegner wissen, liegt der „Schlüssel“ für den Erfolg unserer Widerstandsarbeit mehr in Kopenhagen als in Berlin – insofern startete ich am **12. März 2015 gemeinsam mit dem NABU und Malte Siegert meine Aufklärungsarbeit in Kopenhagen**: Um über die schwerwiegenden Bedenken auf deutscher Seite aufzuklären, sind wir gemeinsam nach Kopenhagen zur Pressekonferenz mit Vertretern aller (elf!) großen dänischen Medien gefahren. Das enorme Interesse zeigte bereits: Auch in Dänemark wird man langsam aufmerksamer und nachdenklicher. Im dänischen Wahlkampf reiste **Angela Merkel am 28. April nach Kopenhagen** und unterstützte medienwirksam (aber vergeblich) Regierungschefin Thorning-Schmidt, während **das Folketing** am selben Tag **über das „Baugesetz“** (quasi Planfeststellungsbeschluss) **zur Beltquerung abstimmte**. Verkehrsminister Heunicke kommentierte den Folketingsbeschluss **als „dänische umweltrechtliche Genehmigung und ersten großen Schritt“**, **der allerdings unter drei Vorbehalten stünde**: Den EU-Zuschüssen von mindestens 1 Mrd. Euro, der Senkung der dänischen Baukosten durch die Konsortien und der erfolgreichen Planfeststellung samt Klageverfahren in Deutschland; die Refinanzierungsphase für den Tunnel darf zudem 50 Jahre nicht überschreiten – 2009 sollte diese Refinanzierung noch binnen gut 30 Jahren gelingen, aktuell soll sie bei 47 Jahren liegen. Objektiv hohe Hürden.

Am 16. Mai fuhr ich erneut nach Dänemark: dieses Mal mit „unserem“ SPD-Chef aus Ostholstein, MdL Lars Winter, und dieses Mal auf Einladung der glühendsten Beltquerungs-Fans, des Folketing-Abgeordneten Lennart Damsbo-Andersen und des Bürgermeisters von Lolland Holger Schou-Rasmussen. Ergebnis dieses Gesprächs: auch wenn wir ganz unterschiedlicher Auffassung sind und wohl immer sein werden – wir wollen nicht länger die Gespräche über dieses Mammutprojekt unseren Regierungen überlassen, sondern selbst für Transparenz und Offenheit sorgen. Konkret haben wir im Mai 2015 gemeinsam in einem Brief an den dänischen Verkehrsminister appelliert, das Dänemark klipp und klar zusage soll, dass kein einziger Güterzug durch Ostholstein über die Bestandstrasse rattert, so lange die neue Hinterlandanbindung nicht komplett (samt Sundquerung) einsatzbereit ist. Diese Zusage wäre dann wichtig, wenn der Tunnelbau – wie damals noch von Dänemark angestrebt – 2024 eingeweiht werden sollte. Inzwischen hat die Realität dieses Zeitfenster gründlich und offiziell korrigiert.

Im Juni erhielt der dänische Verkehrsminister Magnus Heunicke eine Hiobsbotschaft aus Brüssel und musste – nach eigener Aussage – ein dickes Fragezeichen hinter die Finanzierung der Beltquerung setzen: **EU-Zuschüsse für Dänemark - statt 1,1 Mrd. nur 589 Mio. Euro für den Belttunnel!** Nach dem Regierungswechsel kurz darauf hin zu einer rechtsliberalen Koalition hat mir sein **Nachfolger Hans Christian Schmidt** die mittlerweile auch medial bekanntgewordene **Zeitverschiebung auch auf dänischer Seite** um drei Jahre **auf 2024** bestätigt und dies mit den laufenden Nachverhandlungen mit den Baufirmen zur Senkung ihrer Angebote begründet. Seit November ist nun **2027 ist (vorerst) das neue Datum**.

Wir dürfen davon ausgehen, dass das Jahr 2027 nicht in Stein gemeißelt ist: Am **25. November** kamen **sechs Folketings-Abgeordnete** auf Einladung unseres **Verkehrsausschussvorsitzenden Martin Burkert (SPD)** zum **Gedankenaustausch in den Bundestag**. Der **dänische Delegationsleiter: Lennart Damsbo-Andersen**, der in der neuen Wahlperiode **den Vorsitz im dänischen Verkehrsausschuss** erhalten hat. Verabredet ist für **2016, dass Martin Burkert und ich dann im Frühjahr mit Verkehrspolitikern des Bundestages zum Gegenbesuch nach Kopenhagen** starten wollen: im persönlichen Gedankenaustausch zwischen uns Abgeordneten erfährt man Neues ungeschminkt und das Gespräch hat dazu beigetragen, dass die Dänen die kritischen Stimmen aus Deutschland besser nachvollziehen können. Denn wir hatten wieder reichlich Gesprächsstoff, weil zwei Tage zuvor zunächst die **EU-Kommissarin für Verkehr, Violeta Bulc**, der dänischen Regierung geschrieben hatte, dass es in der laufenden Förderperiode **keine weiteren EU-Zuschüsse für die Beltquerung** geben werde. Und am Vortag unseres Gesprächs beherrschte die dänischen Medien ein sehr kritisches Schreiben des dänischen Finanzministeriums an das Verkehrsministerium, in dem die fehlende Seriosität der Kalkulationen von Femern A/S angeprangert und realistischere Nachkalkulationen gefordert werden – quasi Worst-Case-Szenarien. Hingewiesen wird auf den (wahrscheinlichen) Fall des späteren Tunnel-Baubeginns und – damit zwingend verknüpft – der drohende Wegfall bereits zugesagter EU-Fördermittel (weil die EU-Förderperiode 2020 endet) anteilig in Höhe von 135 bis 270 Mio. Euro. Gefordert wird ein um insgesamt 400 bis 670 Mio. Euro teureres Alternativszenario zur Berechnung der Baukosten und bemängelt wird weiterhin das Fehlen eines „Sensibilitätsszenarios“ bei der Verkehrsprognose. **Das Schreiben des dänischen Finanzministers ist eine schallende Ohrfeige für die Verantwortlichen von Femern A/S** – die geforderte Neukalkulation dürfte die Diskussionen in Dänemark trotz aller Beltquerungs-Euphorie anheizen! Ein Statement der dänischen Delegation hierzu gab es, trotz meiner Nachfragen, leider nicht. Neben dem dicken Fragezeichen hinter den EU-Zuschüssen haben die Dänen ein weiteres großes Problem: **Im Mai 2016 verlieren die Angebote der Baukonsortien ihre Gültigkeit**, der damalige Verkehrsminister Heunicke hatte schon Anfang 2015 Nachverhandlungen dazu eingeleitet, weil die ersten Angebote das dänische Finanzierungsmodell sprengten. Der neue Verkehrsminister Schmidt steht jetzt mit den Folketings-Parteien unter Druck, trotz dieser Rahmenbedingungen zeitnah eine Entscheidung über die Angebote zu treffen. Ich bin gespannt, ob sich Dänemark trotz der desillusionierenden Absage bezüglich der EU-Mittel und der Bedenken des Finanzministeriums tatsächlich schon auf ein konkretes Angebot festlegen wird.

Zumal **Femern A/S** bei der **Erstellung der Bauunterlagen ganz offensichtlich „geschlampt“** hat und offenbar die in Kiel vorgelegten Pläne für das Planfeststellungsverfahren zum Tunnelbauwerk gründlich überarbeiten muss, so dass eine erneute öffentliche Auslegung mit einem aufwendigen Beteiligungsverfahren unumgänglich zu sein scheint. In Kiel müssen schon jetzt ca. 3.100 Einwendungen aus Deutschland – aus Dänemark sind es nur 30 – akribisch abgearbeitet werden. Dieser Prozess wird sich nun wiederholen – bis frühestens 2017 ein Planfeststellungsbeschluss gefasst werden soll, der dann vor Gericht beklagt werden kann.

Ende offen. Diese Zeitverzögerungen hat Femern A/S und damit Dänemark selbst zu verantworten. Mit Baurecht für den Absenktunnel ist unter diesen Umständen – selbst bei optimistischer Sicht der Befürworter - niemals vor 2019 zu rechnen, Baubeginn nicht vor 2020/21 – also dem Ende der EU-Förderperiode. Wie die dänische Regierung angesichts dieser Umstände auch nur ernsthaft überlegen kann, einem der Baukonsortien den Zuschlag zu erteilen, ist mir ein Rätsel. Aber vielleicht ist das ja auch nur alles Bestandteil der „Salamitaktik“.

2015 – nach dem ROV der Start der Trassenfindung der Hinterlandanbindung

Am **17. Januar 2015** absolvierte ich mit dem **Verkehrsausschussvorsitzenden des Bundestages Martin Burkert (SPD)** eine „**Ostholstein-Tour**“, wobei wir morgens mit einer Fährfahrt Puttgarden-Rödby mit dem Scandlines-Vorstand starteten und uns über die innovativen umweltfreundlichen Antriebssysteme der modernen Fähren informierten. Dann besuchten wir mit der **Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn, Manuela Herbort, und dem DB-Projektleiter für die Hinterlandanbindung, Bernd Homfeldt**, drei Orte, die von einer Fehmarnbeltquerung und ihrer Hinterlandanbindung samt Sundquerung besonders betroffen wären: **Stukkamp auf Fehmarn, Großenbrode und Bad Schwartau**, wo wir gemeinsam mit Anwohnern diskutierten. Beim Bürgerdialog am Bahnhof in Bad Schwartau erwarteten uns ca. 60 Betroffene, die viele Fragen „im Gepäck hatten“ und beim einstündigen Gespräch neues erfuhren. Bei diesem Besuch haben wir fest zugesagt, diesen informativen Dialog noch im Jahr 2015 fortzusetzen – eingelöst haben wir dieses Versprechen mit einer Diskussionsveranstaltung **am 8. Dezember in Scharbeutz im vollbesetzten Kurhaus**.

Mit über 300 Teilnehmern trafen sich **am 7. Juni 2015 auf Einladung der neu gegründeten „Beltretter“** viele Initiativen und Tunnelgegner um fünf Minuten vor zwölf Uhr zur symbolträchtigen Aktion auf dem Deich von Puttgarden zum „Foto-Shooting“ – natürlich war ich gemeinsam mit unserem SPD-Kreisvorsitzenden und MdL Lars Winter mit dabei. Die „Beltretter“, in der sich viele Organisationen unter einen „Dach“ zusammen geschlossen haben, um die ganze Region vor der größten Baustelle Europas und ihren dramatischen Folgen zu bewahren, haben 2015 „neuen Schwung“ in den Widerstand gebracht und viele kreative Aktionen gegen die Beltquerung gestartet.

Mein Einsatz in Berlin für zusätzlichen Lärmschutz – Ausnahmeregelungen für die europäischen Güterschwererkehrsstrassen (TEN) in Deutschland!

Als zuständige Berichterstatteerin für das Verkehrsministerium im Haushaltsausschuss bin ich stolz, zum dritten Mal in Folge die Mittel für den **Lärmschutz an der Schiene für 2016** erheblich erhöht zu haben: Nachdem noch **2013 nur 100 Mio. Euro** für die freiwillige Lärmsanierung an Schienenwegen im Haushalt verfügbar waren, haben wir die Mittel jetzt von 130 Mio. Euro (2015) sogar **auf 150 Mio. Euro angehoben** sowie gleichzeitig **die Lärmgrenzwerte für deren Bewilligung im Bereich Schiene um 3 Dezibel abgesenkt**. 2014 konnte z.B. Reinfeld in Nordstornum von diesen freiwilligen Lärmschutzmaßnahmen der Deutschen Bahn profitieren – die Orte entlang der gesamten Trasse Hamburg-Lübeck in Stormarn kämen für derlei

Investitionen in Betracht. Lärmschutz liegt der SPD seit Jahren am Herzen und wurde von uns auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Also: Versprochen – gehalten!

Aber eine ganz andere Dimension haben Lärmschutzprobleme für **die Lebensqualität der Menschen an den neun EU-Güterschwerverkehrstrassen**, die Europa von Nord nach Süd und von Ost nach West durchziehen sollen, um massiv den Güterverkehr von den Straßen auf Schienen- und Wasserwege zu bringen. Ohne Frage: ein gutes und richtiges Ziel. Aber aufgrund seiner zentralen Lage in Europa und als größte Exportnation laufen sechs dieser neun transeuropäischen Schienengüterverkehrstrassen durch ganz Deutschland – und gehören überall zu den am stärksten umkämpften Verkehrsprojekten bundesweit – dazu gehört auch die **Hinterlandanbindung der Beltquerung, die Y-Trasse in Niedersachsen und - die Rheintalbahn in Baden-Württemberg**, wo **künftig täglich bis zu 335 Güterzüge** fahren sollen. Seit dem Desaster um „Stuttgart 21“ hat die rot-grüne Landesregierung in Baden-Württemberg einen Projektbeirat – **ähnlich unserem Dialogforum in Ostholstein** - unter der Leitung des BMVI-Staatssekretärs Odenwald gegründet und dort **Alternativtrassen mit zusätzlichem Lärmschutz und teils mit Tunnellösungen** befürwortet, die **Mehrkosten von mindestens 1,5 Milliarden Euro allein für den Bund** erfordern und – da sie den Vorgaben der Wirtschaftlichkeit in der Bundeshaushaltsordnung nicht entsprechen - **allein durch einen Beschluss des Bundestages ermöglicht** werden können. Angesichts der immensen Lärmbelastung – die wegen der ca. vierfachen Güterschwerverkehrs-frequenz die der Hinterlandanbindung erheblich übersteigen soll – wird die Große Koalition für diese Beschlussfassung den Weg ebnen; als SPD-Berichterstatterin für Verkehr im Haushaltsausschuss fällt diese Zusage über mindestens 1,5 Mrd. Euro Mehrkosten in meinen Zuständigkeitsbereich. Aber: **Wir Sozialdemokraten haben von Anfang an darauf bestanden, diesen „Premiumlösungen“ - die noch dazu zufällig in den Wahlkreisen des Bundesfinanzministers Schäuble und des Fraktionsvorsitzenden der CDU Kauder liegen - nur dann zuzustimmen, wenn es keine „Lex Rheintal“ gibt, sondern wenn begleitend Grundsätze beschlossen werden, die mehr Lärmschutz auch an anderen Güterschwerverkehrstrassen der sechs TEN-Strecken in Deutschland verpflichtend ermöglichen.**

Ich habe deshalb einen **zweiten Antrag** erarbeitet, der ausschließlich **bei allen sechs weiteren TEN-Schienengütertrassen Ausnahmeregelungen im Einzelfall über das gesetzliche Maß hinaus speziell beim Lärmschutz** vorsieht – diese sechs europäischen TEN-Trassen sind alle Teil des EU-Kernetzes, sind durch Staatsverträge gesichert, für transeuropäischen Güterschwerverkehr vorgesehen und durch EU-Mittel (CEF) bezuschussungsfähig. Zu diesen Projekten gehört natürlich auch die Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung – wenn sie denn kommt. Ein elementarer Punkt des Antrags: allein bei diesen sechs konkret definierten Trassen soll die **rechtliche Gleichstellung von Ausbaustrecken mit Neubaustrecken sichergestellt** sein – diese Passage kann z.B. relevant werden, wenn es Auslegungsdifferenzen mit der Deutschen Bahn zur Nicht-Anwendung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes in Orten entlang der Hinterlandanbindung geben sollte, was natürlich in allen Regionen an diesen Tras-

sen ein Problem ist. Mein **Antrag wurde von den SPD-Haushältern Ende November einstimmig beschlossen** und wir legten uns darauf fest, es auch auf einen **Krach mit den CDU/CSU-Haushältern** ankommen zu lassen, da unsere Koalitionspartner ausschließlich eine „Lex Rheintal“ beschließen wollten. Dieser Rheintal-Antrag sollte nach Unionswunsch sogar im November/Dezember schon ALLEIN im Bundestag beschlossen werden, was an dem Veto der SPD-Haushälter scheiterte. Der „Haussegen“ hing richtig schief. Schließlich konnte ich dank der guten Zusammenarbeit mit meinem zuständigen CDU-Kollegen im Haushaltsausschuss, Norbert Brackmann aus Lauenburg, am 7.12. die Zustimmung der Union zu meinem Antrag erwirken, die Große Koalition setzte in der zweiten Dezemberwoche beide Anträge - den zur Rheintalbahn wie auch meinen Antrag für die weiteren TEN.Güterverkehrsstrassen – für den 17. Dezember 2015 im Plenum auf die Tagesordnung und einigte sich, beide Anträge sofort abschließend abzustimmen (ohne weitere Debatte in den Fachausschüssen). **In der SPD-Fraktion wurden beide Anträge am 14./15. Dezember einstimmig beschlossen.** Aber Pustekuchen: Kurz vor Ende unserer Sitzung am 15. Dezember erreichte uns überraschend die Nachricht, dass **die CDU/CSU-Führung beide Anträge überraschend wegen interner Unstimmigkeiten von der Tagesordnung gestrichen** hatte: unser über Wochen hart erarbeiteter Kompromiss war quasi wieder in Frage stellte. Dieser **Zick-Zack-Kurs der CDU/CSU** ist irritierend, denn schließlich hatte sich die Union in den Wochen zuvor lange Zeit unnachgiebig dagegen gesträubt, neben der Rheintalbahn im Schäuble/Kauder-Wahlkreis überhaupt einen zweiten Antrag für mehr Lärmschutz zuzulassen. Ich erinnere deshalb ausdrücklich an den Besuch der CDU/CSU-Verkehrspolitiker auf Einladung von Ingo Gädechens am 7. Juli 2015 auf Fehmarn und zitiere die lokale Presse von damals:

Fehmarnsches Tageblatt 8.7.2015 „Lärmschutz das A und O für Akzeptanz“

*Nach dem Gespräch mit dem Landrat und Dr. Jessen sei ihm (Ulrich Lange, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU) bewusst, dass „Lärmschutz ein wesentliches Thema“ sei bei der Errichtung der Hinterlandanbindung. **Für das Rheintal habe man bereits neue Standards gesetzt, diese sollten auch für die Feste Fehmarnbeltquerung Vorbild sein, so Lange.** „Die Akzeptanz der Schiene hängt vom Lärmschutz ab“, stellte der bayrische Abgeordnete fest.*

LN-Nord 9.7.2015 „Lärmschutz-Standards: Rheintal Vorbild für Fehmarnbelt“

Lange verwies auf neue Standards an der Rheintalbrücke: „Die sollten auch für den Fehmarnbelt Vorbild sein.“ Ferner unterstrich Lange die enormen Pluspunkte des Dialogforums. Er bewertete es als „sehr positiv“, dass dort Befürworter wie Kritiker öffentlich zu Wort kämen – anders als im Vorfeld von „Stuttgart 21“.

Es bleibt also spannend, aber ich bin sehr zuversichtlich, dass beide Anträge Mitte/Ende Januar 2016 nun endlich im Plenum abgestimmt werden können. **Aus meiner Sicht wäre dies einer meiner größten persönlichen Erfolge im Haushaltsausschuss und Bundestag für Ostholstein und elementar wichtig für die Menschen entlang der geplanten Hinterlandanbindung.** Und damit das klar ist: es ändert nichts daran, dass ich diese Beltquerung weiterhin und mit ganzer Kraft bekämpfen werde!

Mir ist sehr wichtig klarzustellen, dass der von mir initiierte Antrag keinen Automatismus beinhaltet: Der Bundestag ermöglicht mit der Zustimmung zu diesem Antrag grundsätzlich, dass ein Verfahren wie bei der Rheintalbahn auch bei der Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung möglich wird. Ein Selbstläufer ist das allerdings nicht. Auch künftig gilt: Lärmschutz entlang der Hinterlandanbindung, der über das gesetzliche Niveau hinausgeht, muss vom Dialogforum, von Kreis und Gemeinden, von Bürgerinitiativen und Anwohnern kontinuierlich und nachdrücklich weiter gemeinsam mit schlüssigen Argumenten gefordert werden, wobei dem Dialogforum künftig eine noch größere Schlüsselrolle zukommen wird, wie das Rheintal als „Blaupause“ verdeutlicht. Und auch künftig müssen solche Maßnahmen oberhalb aktuellen gesetzlichen Standards im Einzelfall vom Bundestag beschlossen werden. Aber das Beispiel ermutigt, weil es zeigt: es geht. Engagement lohnt sich.

Haushaltsausschuss beschließt wichtige maritime Impulse für den Norden!

In den Haushaltsverhandlungen konnte ich **für den Bereich Maritimes** besondere Erfolge erzielen. Vor allem war das auch durch die gute Zusammenarbeit mit meinem CDU-Kollegen Norbert Brackmann und durch die Unterstützung meines SPD-Kollegen aus Hamburg und Sprecher der AG Haushalt, Johannes Kahrs, möglich.

Weil Innenminister de Maizière und Finanzminister Wolfgang Schäuble die für die Sicherheit auf Nord- und Ostsee dringend benötigte Ersatzbeschaffung von drei Schiffen für die Bundespolizei See im Regierungsentwurf 2016 unverständlicherweise nicht absicherten, hat der Haushaltsausschuss in Berlin am 12. November **165 Mio. Euro für den Neubau von drei Schiffen für die Bundespolizei mit Standort Neustadt** beschlossen. Erst am 16. September hatte ich mich zusammen mit meinem langjährigen Hamburger Haushaltskollegen Johannes Kahrs in Neustadt im Gespräch mit den Verantwortlichen der Bundespolizei See überzeugen können, dass die drei „Oldtimer“ der Bundespolizei (teilweise noch aus Altbeständen der ehemaligen DDR) im technisch desolaten Zustand sind und – bei beständig wachsendem Reparaturaufwand und damit verbundenen Ausfallzeiten – der Bundespolizei spätestens ab 2017 keinen zuverlässigen Dienst mehr erweisen können. Da die jetzigen Schiffe, BP 21-23, einsatztaktisch veraltet sind und nicht mehr die nautischen Anforderungen erfüllen, waren wir uns absolut einig: Ein Ersatz für die drei ab 2017 auszumusternden Schiffe ist überfällig. Daher haben wir Haushälter „das Steuerrad“ übernommen und die notwendige Kurskorrektur solide gegenfinanziert durchgesetzt. Für diese Beschaffungsmaßnahme habe ich zusammen mit meinem CDU-Kollegen im Haushaltsausschuss, Norbert Brackmann, einen großen Finanzierungsbeitrag aus dem Verkehrsbereich geleistet: Die derzeit aus unserer Sicht nicht prioritäre Anschaffung von Hubschraubern für das Havarie-Kommando am Standort Cuxhaven haben wir zeitlich in die kommenden Jahre verschoben, um so mit 61,3 Mio. Euro die Finanzierung der neuen Schiffe der Bundespolizei zu unterstützen. Die norddeutschen Haushälter der Großen Koalition haben damit ein klares gemeinsames Bekenntnis zur Sicherheit der Küsten und zur Stärkung maritimer Anliegen abgelegt!

Für den Bau des **Torinstandsetzungsdocks Brunsbüttel** haben wir im **Oktober 21 Mio. Euro im Haushaltsausschuss beschlossen** und dazu das nötige Personal bereitgestellt: **Vier neue Ingenieurstellen** gibt es jetzt am **Nord-Ostsee-Kanal (NOK)**! Am **8. Juni** hatte ich bereits mit meinem **SPD-Kollegen aus dem Verkehrsausschuss Gustav Herzog** den **NOK von Kiel über Rendsburg bis Brunsbüttel** besucht und überall **Gespräche mit der Leitung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen (WSV) im Beisein des Präsidenten Witte** von der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) in Bonn geführt. **Die Finanzierung des Ausbaus am NOK wurde bereits in den letzten Jahren durch meinen Einsatz 2014 im Haushaltsausschuss (und nicht etwa durch das zuständige Verkehrsministerium!) mit insgesamt 485 Mio. Euro (5. Schleusenkammer) plus 265 Mio. Euro (Ausbau Oststrecke) beschlossen; dazu kommen seit 2015 noch einmal 50 Mio. Euro für die Levensauer Hochbrücke: 821 Mio. Euro für Schleswig-Holstein in knapp 2 Jahren!** Wir besuchten die Baustelle der Instandsetzung der Schleusenanlage in Kiel-Holtenau bis zur Baustelle der 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel und haben uns persönlich vom Ausbau der meistbefahrensten künstlichen Wasserstraße der Welt ein Bild gemacht. Mit dem jetzt beschlossenen Bau des Trockeninstandsetzungsdocks wird die **Kernkompetenz der WSV vor Ort** gehalten – es wird dann möglich sein, die großen Schleusentore direkt in Brunsbüttel von eigenen Fachkräften reparieren zu lassen. Obwohl die Sanierung der größten künstlichen Wasserstraße der Welt so elementar für die Wirtschaft im Norden und den Hamburger Hafen ist – den NOK nutzen Jahr für Jahr mehr Schiffe als den Panama- und Suez-Kanal zusammen - ist es seit Jahren der Haushaltsausschuss, der das erforderliche Geld bereitstellt und nicht etwa der Finanz- oder Verkehrsminister. Wenn der Kanal wegen defekter Schleusentore still steht, wird seine Transportkapazität besonders offensichtlich: **Im Schnitt transportieren täglich 95 Frachter knapp 300.000 Tonnen Ladung durch den NOK – dafür wären auf der Straße bis zu 15.000 Lkw notwendig!**

Der **Personalmangel der WSV – mit 12.000 Beschäftigten eine der größten Bundesbehörden** - wurde durch den Privatisierungs-Kahlschlag während der Zeit von CDU/FDP bis 2013 zwar besonders verschärft, beschäftigt uns Parlamentarier aber schon seit Jahren. Neben den 85 neuen Stellen, die wir Haushälter in den letzten 2 Jahren bundesweit bewilligt haben, werden jetzt in diesem Jahr weitere 44 neue Stellen für die WSV in der Fläche geschaffen und gleichzeitig die vom Verkehrsministerium geforderten 19 Stellen in Bonn bei der GDWS gestrichen: als Relikt der „alten“ WSV-Reform à la Schwarz-Gelb soll die GDWS – aktuell eher eine „Briefkastenfirma“ ohne Mitarbeiter – vom Dobrindt-Ministerium zur Wasserkopf-Zentrale aufgebläht werden. Aus vielen persönlichen Gesprächen mit der WSV vor Ort an den Baustellen wissen mein Kollege Norbert Brackmann und ich aber, wo dringend Personal gebraucht wird – und das ist direkt an den Wasserbauten und nicht in einem Bürogebäude in Bonn!

Darüber hinaus haben wir im maritimen Bereich die **Gesamtstrategie LNG-Ausbau um 8 Mio. Euro allein 2016 verstärkt**, die im Rahmen der Nationalen Maritimen Konferenz am 19./20. Oktober in Bremerhaven mit 600 Teilnehmern im Zentrum innovativer, umweltfreund-

licher Ansätze stand. Konkurrierende Häfen in Nachbarstaaten wie Polen oder den Niederlanden sind bereits Vorreiter im Bereich alternativer Kraftstoffe. **Deshalb fördern wir nun die Forschung zu LNG (Flüssigerdgas) und den Aufbau einer LNG-Hafeninfrastruktur an Nord- und Ostsee mit insgesamt 18,5 Mio. Euro 2016 – davon könnte ggfs. Brunsbüttel profitieren**, wie unser SPD-Verkehrsminister Reinhard Meyer ein paar Tage später durch eine Bedarfsanalyse zu LNG in Brunsbüttel erhärtete. Gleichzeitig ermöglichen wir jetzt neu die Um- bzw. Ausrüstung von bundeseigenen Schiffen mit LNG-Technik – als Vorbild für den Einsatz dieser innovativen und umweltfreundlichen Technologie. Um im europäischen Wettbewerb mithalten zu können und Deutschland als innovatives Technologieland weiter voranzutreiben, werden wir zudem 20 Mio. Euro in 2016 sowie weitere 10 Mio. Euro in den nächsten drei Jahren in **innovative Verkehrstechnologien** investieren. Davon soll unter anderem die dritte Auflage des erfolgreichen Programms Innovative Seehafentechnologie (ISETEC III) finanziert werden. **Damit leistet der Verkehrssektor seinen Beitrag zur Erreichung der von SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gesteckten nationalen Energie- und Klimaschutzziele: Versprochen – gehalten!**

TOP-Thema 2015: Start für Breitbandförderung und Modellregion Erdkabel!

Am **18. November 2015** startete endlich die **Förderperiode für den Breitbandausbau: 2,7 Mrd. Euro stehen im Bundeshaushalt bereit** (1,4 Mrd. Euro aus dem 1. Nachtragshaushalt 2015), um – wie im Koalitionsvertrag bis 2018 mit einer Übertragung von 50 Mbit/s versprochen – vorrangig im ländlichen Raum **den Weg frei zu machen für schnelles Internet!** Die **Frequenzversteigerung für mobile Breitbandanbindung** „spülten“ Ende Juni knapp 5,1 Mrd. Euro in den Bundeshaushalt, wovon 1,33 Mrd. Euro nach Abzug der Umstellungskosten zwischen Bund und Ländern geteilt werden - 2016 stehen schon je 155 Mio. Euro bereit. Insgesamt erhält Schleswig-Holstein bis 2018 daraus 20,4 Mio. Euro.

Ich setze mich – zusammen mit der SPD Ostholstein – seit Jahren dafür ein, die **Ostküstenleitung (OKL) als Erdkabel-Pilotprojekt zu ermöglichen**. Dieses Thema war schon Gegenstand meiner Gespräche **mit Sigmar Gabriel**, als er Ostholstein Mitte Mai 2008 und Mitte September 2013 auf meine Einladung hin besucht hatte. Im März dieses Jahres habe ich ihm das Thema noch einmal schriftlich ans Herz gelegt. In seiner Antwort vom 24. März stellte er dann die OKL als teilweise Erdverkabelung in Aussicht. Daraufhin hat der rot-grüne Bundesrat im Mai ebenfalls beschlossen, die OKL als Modellprojekt für eine teilweise Erdverkabelung gesetzlich zu verankern. **Am 3. Dezember hat der Bundestag dann in 2./3. Lesung gesetzlich den Weg freigemacht für eine Teilverlegung der Ostküstenleitung als Erdkabel und wir konnten endlich die Früchte unserer Arbeit ernten**. Jetzt kann die Starkstromtrasse in Teilen unter die Erde verlegt werden, womit wir die Eingriffe für die Anwohner, das Landschaftsbild und die Umwelt so gering wie möglich halten wollen. Der Bundestagsbeschluss ist eine klare Aufforderung an den zuständigen Übertragungsnetzbetreiber TenneT, die Teilerdverkabelung jetzt definitiv in die konkrete Planung einzubeziehen.

Denkmalschutzprojekte im Kreis erhalten Jahr für Jahr erhebliche Bundesmittel!

Am 17. Juni konnte ich den Fehmaranern eine hervorragende Nachricht überbringen: **Für die Sanierung des Glockenturms Landkirchen hat der Haushaltsausschuss 200.000 Euro an Bundesmitteln beschlossen!** Zu den bundesweit 124 geförderten Projekten zählt auch der 24 Meter hohe und 400 Jahre alte Holzglockenturm der St.-Petri-Kirche. Seit ich im September 2014 erstmalig von der evangelischen Kirchengemeinde Landkirchen auf Fehmarn um Hilfe für die dringende notwendigen Reparaturarbeiten an ihrem hölzernen Glockenturm gebeten wurde, liefen die Antragsvorbereitungen über den Architekten Ewers und den Landesdenkmalkonservator Paarmann „wie am Schnürchen“: mit beiden arbeite ich seit Jahren eng zusammen, wenn es um Denkmalschutzprojekte in Ostholstein und Stormarn geht: Seit 2008 konnte ich im Haushaltsausschuss für insgesamt fünf Projekte in Ostholstein über 1,5 Mio. Euro Bundesfördermittel sicherstellen. Nach der **KZ-Gedenkstätte Ahrensböök 2008** und der **Ratekauer Feldsteinkirche 2009** profitierten **2013 das Eutiner Schloss** und **2014 das Oldenburger Wallmuseum** von den Beschlüssen des Haushaltsausschusses. Für das kommende Jahr plane ich Bundesmittel für die **Sanierung des Elisabeth-Turmes auf dem Bungsberg** ein. Dort habe ich **am 24. August** bereits eine Begehung des (seit Jahrzehnten NICHT öffentlich zugänglichen) Turms mit der **Sparkasse Holstein als Projektträger, dem Landeskonservator Dr. Michael Paarmann und dem Architekten Torsten Ewers** gemacht und die geplanten Sanierungsarbeiten erörtert: Die Außenfassade von 1863 soll so gereinigt werden, sodass die ursprünglich rosafarbene Oberfläche wieder zu erkennen ist. Auch über eine Wiederherstellung der farbigen Glasfenster und eine Begehbarkeit für die Öffentlichkeit wird nachgedacht. Zunächst ist es aber wichtig, dass die schon jetzt enormen Schäden, die unter anderem durch jahrzehntelange massive Nässe und Frost verursacht wurden, eingedämmt werden. Schon Ende der 90er Jahre habe ich mich - damals als Bürgermeisterin von Kasseedorf und Amtsvorsteherin von Schönwalde - für eine Wiederbelebung des damals desolaten Bungsberggeländes eingesetzt – das Areal um den mit 168 Metern höchsten Punkt Schleswig-Holsteins war damals ein Schandfleck und Ärgernis für uns Ostholsteiner und die Touristen. Dank des Engagements der Sparkassenstiftung ist es jetzt wieder ein Highlight unserer Region und wird hoffentlich 2016 mit der Sanierung des Elisabethturms „gekrönt“!!

Zum Abschluss des Jahres gab es noch einen Paukenschlag für die in Schleswig-Holstein so wichtige Arbeit mit nationalen Minderheiten – ein Beitrag für Frieden in Europa:

Im Haushaltsausschuss haben wir für 2016 die drastische Erhöhung der Bundesförderung für die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) von 100.000 Euro auf 500.000 Euro beschlossen. Mit der Verfünfachung der Fördermittel haben wir ein klares Zeichen für eine starke und solide finanzierte FUEV und somit für ein solidarisches Europa gesetzt. Die FUEV mit Sitz in Flensburg ist europaweit für mehr als 90 Minderheiten zuständig und leistet mit ihrer Arbeit einen wertvollen Beitrag zur Friedenssicherung, die aufgrund der vielen Krisenherde in Europa wichtiger ist denn je! Den Erfolg sieht man bei uns in Schleswig-Holstein:

Vor 60 Jahren wurden die Bonn-Kopenhagener-Erklärungen beschlossen und besiegelten damals die Aussöhnung zwischen Dänemark und Deutschland, mit der eine aktive jahrzehntelange Minderheitenpolitik in unserer Grenzregion jetzt ein strahlendes Vorbild für ganz Europa ist! Dazu haben wir beschlossen, dass das Haus der Minderheiten in Flensburg im kommenden Jahr mit 600.000 Euro gefördert wird. Ein tolles Signal für die friedensstiftende Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein!

Dass die SPD eine Mitmach- und vor allem eine Diskussionspartei ist, zeigt sich immer wieder. Als einzige Partei diskutieren wir nämlich bundesweit mit den Menschen intensiv und konstruktiv über TTIP und CETA. **Das Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) provoziert enormen Nachfragebedarf bei den Bürgerinnen und Bürgern – dem komme ich nach!** Wie groß der Gesprächsbedarf tatsächlich ist, das habe ich auf meinen beiden Veranstaltungen zu diesem Thema am **11. März in Stockelsdorf und Reinfeld** erlebt. Mehr **als 170 Gäste waren gekommen**, um gemeinsam mit unserer Landtagsabgeordneten und umweltpolitischen Sprecherin Sandra Redmann, sowie meiner **Kollegin aus dem Bundestag, Dr. Nina Scheer**, zu debattieren und Fragen zu klären. Bereits im September 2014 hatte die SPD einen Grundsatzbeschluss auf dem Parteikonvent zu TTIP und CETA beschlossen – dieser wurde jetzt auf dem Bundesparteitag am 10. Dezember ohne „Weichspüler“ bestätigt und differenziert. Damit wollen wir sicherstellen, dass bewährte europäische Standards bei Arbeitnehmerrechten, dem Verbraucher- und Umweltschutz und der Daseinsvorsorge erhalten bleiben. Private Schiedsgerichte lehnen wir ab! Unser Ziel: Transparenz und Offenheit beim Verhandlungsprozess! Den wirklich guten und für uns Sozialdemokraten verbindlichen Beschluss des SPD-Bundesparteitages stellt mein Büro auf Wunsch gern zur Verfügung.

Anfang August habe ich mit einer **Delegation aus dem Haushaltsausschuss die ASFINAG in Österreich besucht**. Die ASFINAG ist die österreichische Straßenbaubehörde, die das gesamte Straßennetz in Österreich verwaltet, dafür Maut erhebt und die Straßen saniert – alles ohne ÖPP (öffentlich-private Partnerschaften). Im Zuge der aktuellen Diskussion in Deutschland um eine **mögliche Reform unserer Straßenbauverwaltungen** der Bundesländer war es sehr interessant, in den Gesprächen zu erfahren, wie unser Nachbarland so eine Behörde aufbaut und den Bau und Erhalt des Fernstraßennetzes organisiert.

Das Thema Straßenbauverwaltung spielt auch eine bedeutende Rolle im Zuge der Gespräche über die **Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen**. Die entsprechenden Regelungen über den Länderfinanzausgleich laufen im Jahr 2019 aus – deshalb wird es im kommenden Jahr darum gehen, wie der Finanzausgleich und die Aufgaben von Bund und Ländern in Zukunft gestaltet werden soll und ob hierzu auch das Grundgesetz geändert wird. Nicht nur als Haushälterin für den Verkehrsbereich, sondern auch als stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied der Koalitions-Arbeitsgruppe zu den Bund-Ländern-Finanzbeziehungen bin ich hier an zentraler Stelle beteiligt.

Als **Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses** war ich vom **04. bis 10. Oktober eine Woche in Washington und New York**. Mit meinen Kollegen aus dem Ausschuss (übrigens aus allen vier Fraktionen) führten wir mehrere hochrangige Gespräche, unter anderem mit Vertretern des Weißen Hauses, des Internationalen Währungsfonds und mit der deutschen Exekutivdirektorin der Weltbank, Ursula Müller. Dabei standen Themen wie die Finanzkrise, Griechenland, die Situation in der Ukraine sowie die verfahrenen Haushaltsberatungen in den USA (Stichwort „fiscal cliff“ mit unabsehbaren weltwirtschaftlichen Auswirkungen) im Mittelpunkt.

Darüber hinaus haben wir in diesem Jahr im Haushalts- und im Rechnungsprüfungsausschuss die **Bewerbung des Bundesrechnungshofes für ein Mandat im „Board of Auditors“ der Vereinten Nationen** intensiv unterstützt – mit Erfolg: Für die nächsten sechs Jahre wird der deutsche Rechnungshof die Finanzen der UNO prüfen und damit sicherstellen, dass auch die deutschen Beiträge zu UN-Programmen und -Unterorganisationen wirtschaftlich verwendet werden. Aus diesem Grund haben wir uns in New York mit Vertretern des „Advisory Committee on Administrative and Budgetary Questions“ (ACABQ) der UNO und den drei derzeitigen Mitgliedern des UN „Board of Auditors“ – Tansania, Großbritannien und Indien – getroffen und uns über deren Arbeit informiert.

Ich verbleibe mit den besten Wünschen für das Jahr 2016 bei – vor allem – bester Gesundheit!
Herzlichst Ihre und Eure

Bekina Hagedorn